

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

29. Sitzung
23. Januar 2025

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 16.47 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

- Der Senat wird vertreten durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) und Frau Staatssekretärin Klapp (SenASGIVA).
- Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.
- Sie stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 17. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Folgende Fragen wurden vorab schriftlich eingereicht:

- „Wann wird der Senat entsprechend den Ergebnissen und Empfehlungen des noch von der vormaligen Sozialsenatorin in Auftrag gegebenen und jetzt veröffentlichten Gutachtens zur City-ID, dass die rechtliche Umsetzbarkeit einer solchen bestätigt hat, in Berlin einführen, um u.a. das Leben für illegalisierte Menschen zu verbessern?“
(Fraktion Die Linke)

- „Vor fast einem Jahr konstatierte Senatorin Kiziltepe im Gleichstellungsausschuss, dass die Platzanzahl der in 2023 neu geschaffenen Clearingstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt nicht ausreiche und eine Erweiterung der Clearingstelle notwendig sei. Wann wird diese dringend notwendige Erweiterung erfolgen?“
(Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Zudem werden folgende Fragen mündlich gestellt:

- „Wie weit ist die Senatsverwaltung mit der Umsetzung des im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Prüfauftrags für ein rechtskonformes Paritätsgesetz?“
(Fraktion der SPD)
- „Wie ist der aktuelle Verhandlungsstand mit der Bundeswehr bezüglich der geplanten Nutzung des Areals Tegel Nord für die Unterbringung von 2.000 bis 3.000 Geflüchteten, wie sieht die konkrete Zeitplanung bis zur möglichen Eröffnung der Gemeinschaftsunterkunft aus und welche alternativen Standorte, insbesondere im Hinblick auf die soziale Infrastruktur sind geprüft worden, bspw. Schulen, Kitas, medizinische Versorgung etc.?“
(Fraktion der CDU)

Im Anschluss an die Beantwortung der Fragen durch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) wird Punkt 1 der Tagesordnung abgeschlossen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) berichtet über den Vier-Punkte-Plan zum Schutz von Frauen und weist auf mehrere Veranstaltungen anlässlich des 20. Todestages von Hatun Sürücü sowie das am 14. Februar 2025 am Brandenburger Tor stattfindende Event „One Billion Rising“ hin (siehe Inhaltsprotokoll).

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Die Stimme der Betroffenen integrieren:
Maßnahmen für Gewaltbetroffene verbessern und
Umsetzung des Landesaktionsplans stärken**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0182](#)

IntGleich

- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2029 [0173](#)
Betroffene reden mit – Einberufung eines Betroffenenbeirates zur Begleitung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention IntGleich

Hierzu:

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/2029-1 [0173-1](#)
Betroffene reden mit – Einberufung eines Betroffenenbeirates zur Begleitung des Landesaktionsplanes zur Umsetzung der Istanbul-Konvention IntGleich

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Niemczyk (CDU) und Frau Abg. Golm (SPD) begründen den Besprechungsbedarf zu Punkt 3 a) sowie den Änderungsantrag zu Punkt 3 b) auf der Drucksache 19/2029-1.

Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE) begründet den Antrag zu Punkt 3 b) auf der Drucksache 19/2029 für die antragstellenden Fraktionen.

Es werden angehört und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Frau Jessica Gerkens,
Mitglied des Betroffenenbeirates zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bremen,
- Frau Sarah Kesselberg,
Bereichsleiterin für die Offene Sozialarbeit beim Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Berlin, und
- Frau Romy Stangl,
Vorstandsvorsitzende und Sprecherin des One Billion Rising München e.V.

Frau Gerkens nimmt per Videokonferenzschaltung an der Anhörung teil.

Im Rahmen der Beratung nimmt auch Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) Stellung und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Herr Abg. Schatz (LINKE) beantragt, den Punkt 3 b) der Tagesordnung zu vertagen. Daraufhin beschließt der Ausschuss, diesen Vertagungsantrag mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion abzulehnen.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 3 a) der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Sodann wird der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD auf der Drucksache 19/2029-1 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion angenommen.

Im Ergebnis beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion zu empfehlen, den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke auf der Drucksache 19/2029 mit den zuvor beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0135](#)
IntGleich
Eine Menopause-Strategie für Berlin: Probleme und Handlungsbearbeitungen in der Arbeitswelt
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls nach § 26 Abs. 7, S. 4 GO Abghs.

Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE) begründet den Besprechungsbedarf.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Zu diesem Punkt wird

- Frau Prof. Dr. Andrea Rumler,
Professorin für Marketing an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin,

angehört und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen auch Frau Staatssekretärin Klapp (SenASGIVA) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 4 der Tagesordnung zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0159
Drucksache 19/1904	IntGleich
Reproduktive Selbstbestimmung verwirklichen –	BuEuMe(f)
Bundratsinitiative zur Streichung des § 218 StGB	Recht*

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz vom 15. Januar 2025 vorliege. Darin empfehle dieser mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE, den Antrag abzulehnen.

Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE) begründet den Antrag. Zudem beantragt sie, das Berichtsdatum zu aktualisieren und durch den „31. August 2025“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1904 – auch mit geändertem Berichtsdatum „31. August 2025“ abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien, zugeleitet.

Punkt 6 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0163
Drucksache 19/1923	IntGleich
Gewaltschutz für Frauen verbessern – Gesetz zur	InnSichO(f)
Änderung des Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der	
öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin	

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stellungnahme des Senats nach § 43 Abs. 1 GGO II vorliege. Diese sei den Mitgliedern des Ausschusses am 21. Januar 2025 per E-Mail übermittelt worden.

Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE) begründet den Antrag.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke und der AfD-Fraktion zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1923 – abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung zugeleitet.

Punkt 7 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1950

**Schwangerschafts- und Konfliktberatungsstellen
nicht im Regen stehen lassen – Versorgungslücken
schließen, Zuwendungsbescheide sofort erteilen!**

[0165](#)

IntGleich
GesPflg(f)
Haupt

Frau Abg. Eralp (LINKE) begründet den Antrag. Zudem beantragt sie, das Berichtsdatum zu aktualisieren und durch den „30. Juni 2025“ zu ersetzen. Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, diesen Änderungsantrag anzunehmen.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/1950 – auch mit geändertem Berichtsdatum „30. Juni 2025“ abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Gesundheit und Pflege zugeleitet.

Punkt 8 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/2065

**Schutz vor sexueller Belästigung verbessern:
„Catcalling“ unter Strafe stellen**

[0175](#)

IntGleich
BuEuMe(f)
Recht

Frau Abg. Dr. Haghanipour (GRÜNE) begründet den Antrag.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 19/2065 – abzulehnen.

Eine entsprechende Stellungnahme wird dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien, zugeleitet.

Punkt 9 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0031](#)
IntGleich
**Abgabe von kostenlosen Menstruationsprodukten –
Erfahrungen und Best Practices**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 25.04.2024

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Ausschuss das Wortprotokoll der Anhörung der 17. Sitzung vom 25. April 2024 vorliege und der Besprechungsbedarf in der vorgenannten Sitzung begründet worden sei. Auf eine erneute Begründung zu Punkt 9 wird durch die antragstellende Fraktion verzichtet.

Ohne Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 9 der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 10 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0017](#)
IntGleich
**Umsetzung der Maßnahmen des Runden Tisches
Sexarbeit**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0059](#)
IntGleich
**Runder Tisch Sexarbeit: Umsetzungsstand der
Maßnahmen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 27.06.2024

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Ausschuss das Wortprotokoll der Anhörung der 21. Sitzung vom 27. Juni 2024 vorliege und der Besprechungsbedarf in der vorgenannten Sitzung begründet worden sei. Auf eine erneute Begründung zu Punkt 10 a) und b) wird durch die antragstellenden Fraktionen verzichtet.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 10 a) und b) der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 11 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Besondere Bedarfe bei Schutzplätzen von
gewaltbetroffenen Frauen, unter Berücksichtigung
ihrer männlichen jugendlichen Kinder**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0043](#)
IntGleich

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11.01.2024

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass dem Ausschuss das Wortprotokoll der Anhörung der 11. Sitzung vom 11. Januar 2024 vorliege und der Besprechungsbedarf in der vorgenannten Sitzung begründet worden sei. Auf eine erneute Begründung zu Punkt 11 wird durch die antragstellenden Fraktionen verzichtet.

Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) nimmt einleitend Stellung.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Kiziltepe (ASGIVA) erneut Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Punkt 11 der Tagesordnung abzuschließen.

Punkt 12 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es wird mündlich ein Antrag nach § 21 Abs. 1, S. 2 der GO Abghs gestellt, mit dem die Aufsetzung des folgenden Punktes:

Antrag der Fraktion Die Linke auf Annahme einer
Entschließung
Drucksache 19/1543
Bekämpfung von Rassismus im Land Berlin stärken!

[0126](#)
IntGleich
Haupt

auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung beantragt wird. Dieser Antrag wird durch sechs stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses, dem 18 stimmberechtigte Mitglieder angehören, unterstützt, nämlich durch Frau Abg. Bozkurt (GRÜNE), Frau Abg. Dr. Haghani-pour (GRÜNE), Herrn Abg. Omar (GRÜNE), Herrn Abg. Walter (GRÜNE), Frau Abg. Eralp (LINKE) und Herrn Abg. Schatz (LINKE).

Es handelt sich um ein sog. Minderheitsrecht. Die Voraussetzungen für eine entsprechende Aufsetzung nach § 21 Abs. 1, S. 2 GO Abghs liegen vor: Das erforderliche Quorum von einem Viertel der insgesamt 18 stimmberechtigten Mitglieder ist bei der hier erfolgten Unterstützung durch Handzeichen durch sechs stimmberechtigte Ausschussmitglieder erfüllt. Zudem handelt es sich um einen durch das Plenum überwiesenen Antrag.

Die nächste (30.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 20. Februar 2025, um 14.00 Uhr, statt.

Die Vorsitzende

Der stellvertretende Vorsitzende

Ülker Radziwill

Jian Omar